

Die "entdifferenzierte, vormoderne" DDR-Gesellschaft und ihre "Modernisierung" im Transformationsprozeß

Drexel, Ingrid

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Drexel, I. (1997). Die "entdifferenzierte, vormoderne" DDR-Gesellschaft und ihre "Modernisierung" im Transformationsprozeß. In I. Drexel, & B. Giessmann (Hrsg.), *Berufsgruppen im Transformationsprozess: Ostdeutschlands Ingenieure, Meister, Techniker und Ökonomen zwischen Gestern und Übermorgen* (S. 195-227). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-237855>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die "entdifferenzierte, vormoderne" DDR-Gesellschaft und ihre "Modernisierung" im Transformationsprozeß

1. Lektionen aus dem Schicksal der untersuchten Qualifikationsgruppen in der DDR-Gesellschaft
2. Lektionen aus dem Schicksal der untersuchten Qualifikationsgruppen im Transformationsprozeß

Die in den vorangegangenen Beiträgen untersuchten Qualifikationsgruppen haben im Osten Deutschlands innerhalb von 50 Jahren zwei verschiedene "Transformationsprozesse" durchlaufen: die Transformation von einer kapitalistischen Gesellschaft (faschistischer Ausprägung) hin zu einer realsozialistischen Gesellschaft sehr spezifischer Ausprägung und deren Re-Transformation in eine kapitalistische Gesellschaft im Gefolge des Transfers eines wirtschaftlichen und politischen Systems ebenfalls sehr spezifischer Ausprägung. Was das für diese Qualifikationstypen bedeutete, ist in den monographischen Falldarstellungen in groben Umrissen deutlich geworden.

Ziel dieser durchgängig empirisch argumentierenden Beiträge war nicht die theoretische Interpretation und Erklärung der DDR-Gesellschaft und des Transformationsprozesses, auch nicht die Auseinandersetzung mit vorliegenden Erklärungs- und Interpretationsansätzen. Ziel war vielmehr, auf einem Feld, wo die Realitäten der Vergangenheit ebenso wie die aktuellen Veränderungsprozesse bald nicht mehr rekonstruierbar sein werden, diese zunächst einmal durch Empirie einzufangen und zu dokumentieren (zur Sinnhaftigkeit einer solchen Strategie vgl. Mayer 1993, S. 25); allerdings war Theorie durchaus notwendig (und wurde genutzt) für die Definition des zu untersuchenden Feldes und der zentralen empirischen Fragen (das Konzept gesellschaftlicher Qualifikationstypen - Drexel 1994).

Gleichzeitig wurden aber in diesen Fallanalysen allgemeinere Sachverhalte und Zusammenhänge sichtbar, die für die theoretische Interpretation

der DDR-Gesellschaft, für die Erklärung ihrer Entwicklung wie auch des Verlaufs des Transformationsprozesses durchaus relevant sind. Der folgende Beitrag zieht ein Resümee in bezug auf einige dieser Sachverhalte und Zusammenhänge und setzt sich zugleich mit einigen der zentralen Thesen auseinander, die heute die Diskussion um die DDR-Gesellschaft bzw. den Transformationsprozeß prägen.

Im Mittelpunkt steht die theoretische Bedeutung der Ergebnisse der Fallanalysen: Was kann man aus der Geschichte der untersuchten Qualifikationstypen im ersten und im zweiten historischen Transformationsprozeß lernen - zum einen im Hinblick auf die Gesellschaft der DDR und ihre Entwicklungsdynamik, zum anderen im Hinblick auf ihre Re-Transformation in eine kapitalistische Gesellschaft im Rahmen des Systemtransfers? Ziel ist dabei nicht eine geschlossene theoretische Interpretation der DDR-Gesellschaft bzw. des Transformationsprozesses, sondern eine begrenzte Zahl von Aussagen mittlerer Reichweite, die in eine solche Interpretation integriert werden können (nach Ansicht der Verfasserin: müssen). Diese Option für ein auf die Ergebnisse dieser Untersuchungen konzentriertes Resümee schließt eine Problematisierung bestimmter vorhandener Konzepte durchaus ein. Dabei geht es nicht um eine umfassende Auseinandersetzung mit der gesamten konzeptionell-interpretierenden Literatur zur DDR-Gesellschaft und zum Transformationsprozeß, sondern schwergewichtig um die Profilierung der theoretischen Bedeutung der eigenen Ergebnisse.

1. Lektionen aus dem Schicksal der untersuchten Qualifikationsgruppen in der DDR-Gesellschaft

Zu vier Fragen lassen sich die konkreteren Ergebnisse der Fallstudien verdichten, die in den vorangegangenen Beiträgen Situation und Entwicklung der untersuchten Qualifikationstypen im Laufe der DDR-Geschichte analysieren:

- Welche Bedeutung hatten diese Qualifikationstypen in der DDR-Gesellschaft und damit verbunden soziale Differenzierungen generell?
- Wieweit und in welcher Weise waren sie durch staatliche Planung bestimmt, und was bedeutet Planwirtschaft in diesem Zusammenhang?

- Welche Akteure hatte ihre Entwicklung, welche Rolle spielten insbesondere Staats- und Parteiführung?
- Und welche Bedeutung hatten Ökonomie und Politik für ihre Entwicklung?

(1) Die Entwicklung der untersuchten Qualifikationsgruppen zwischen Nivellierung und ökonomischer Unverzichtbarkeit von Differenzierung

Die DDR-Gesellschaft hat nach 1945 zunächst auf das vorhandene Potential von Arbeitskräften in den Gliederungen zurückgegriffen, die es im Deutschen Reich und im Dritten Reich erhalten hatte; sie knüpfte also an das strukturelle Erbe der früheren Gesellschaft an. Später gab es dann - aus politisch-ideologischen Gründen (Stichwort: der Sozialismus als Zwischenstufe zur klassenlosen Gesellschaft) und aus ökonomischen Gründen (Stichwort: Rationalisierung im Bildungssystem und/oder im Beschäftigungssystem) - einige wenige politische Vorstöße, die solche intermediären Strukturen wie mittlere Qualifikationsgruppen gezielt in Frage stellten: Das prominenteste Beispiel dafür ist das zeitweise vertretene Konzept des "berufslosen Menschen" als der Arbeitskraft der Zukunft; aber auch an den Versuch einer Eingliederung der Ausbildung von Krankenschwestern, Technikern und Meistern in die Facharbeiterstufe ist in diesem Zusammenhang zu erinnern. Doch wurden diese gezielten Politiken, die zu einer Entdifferenzierung der Sozialstruktur geführt hätten, nach kurzer Zeit wieder zurückgenommen.

Geblichen ist die Nivellierung der Entlohnung zugunsten einer (im Vergleich zu westlichen Gesellschaften) relativ hohen Entlohnung der Arbeiterschaft;¹ eine Politik, die - wie gezeigt - die interessierenden mittleren Qualifikationsgruppen teilweise durchaus schwächte, indem sie die Übernahme entsprechender Positionen so unattraktiv machte, daß Ausbildung und Position in erheblichem Umfang auseinanderfielen (das Beispiel des

1 Diwald und Solga (1995, S. 266 ff.) nennen für 1989 allerdings Zahlen, die dieses - weit verbreitete - Konstat extrem geringer Lohndifferenziale durch einen Vergleich mit den Verhältnissen der BRD in Frage stellen. Ob das generell und über die gesamte Zeit der DDR hinweg berechtigt ist, kann hier nicht beurteilt werden - es bleibt die von Experten aus ostdeutschen Betrieben wie auch von ostdeutschen Wissenschaftlern durchgängig vertretene Aussage einer außerordentlichen Nivellierung im Einkommen. Sollten die von Diwald und Solga wiedergegebenen Relationen generalisierbar sein, dann wäre diese Sichtweise für sich genommen ein erklärungsbedürftiger Sachverhalt.

Meisters). Um so bemerkenswerter ist es, daß sich diese Qualifikationsgruppen trotz nur recht geringer oder sogar negativer Entlohnungsanreize über die Jahrzehnte hinweg erhalten haben und sich mehrheitlich immer weiter reproduzierten.

Hintergrund dieses Sachverhalts ist zum einen die große Bedeutung dieser Qualifikationsgruppen für den Wirtschaftsprozeß - ob sie nun sichtbar und allgemein anerkannt war wie im Fall des Fachschulingenieurs oder aufgrund besonderer Problemhaftigkeit mehr oder minder kontinuierlich von Kritik begleitet war wie im Fall des Meisters. Zum anderen und wohl ebenso wichtig war der Sachverhalt, daß der Zugang zu diesen Qualifikationsgruppen politisch für die DDR hoch bedeutsam war: als kontinuierliche, von vielen Menschen selbst erlebte oder in nächster Nähe beobachtete Möglichkeit eines Aufstiegs.

Allerdings hatten die mittleren Gruppen "keine Lobby". Das politische und planerische Denken von Staats- und Parteiführung war auf das Modell "Zwei Klassen, eine Schicht" (Arbeiterklasse, Genossenschaftsbauern und Intelligenz) ausgerichtet, das letztlich Folge einer merkwürdig engen Interpretation des Marxschen Begriffs Arbeiterklasse war: einer empiristischen Definition, die diesen Strukturbegriff, der bei Marx durch ein gesellschaftliches Verhältnis bestimmt ist, als einen empirischen interpretiert und ihn mit der Arbeiterschaft gleichsetzt.² Folge dieser Verkürzung war u.a., daß Gruppen wie Meister, Techniker, mittlere kaufmännische Angestellte etc. "keinen Platz" hatten, daß man politisch-voluntaristisch versuchen mußte, sie der Arbeiterschaft zu subsumieren (z.B. durch die erwähnte Eingliederung ihrer Ausbildungen in die Bildungsstufe für Facharbeiter) - oder aber, daß man sie einfach übersah.

Dieser zuletzt genannte Sachverhalt und nicht eine gezielte Nivellierungspolitik war es denn auch, die zur einzigen größeren Entdifferenzierung im hier interessierenden Feld - dem Verschwinden des Technikers - führte: Diese Entdifferenzierung der DDR-Gesellschaft erfolgte, wie ausführlich gezeigt, nicht aufgrund einer entsprechenden politischen Zielsetzung und Planung, sondern ungeplant, ja unbeobachtet, aufgrund mangelnder Auf-

2 Diese Aussage gilt ungeachtet der Tatsache, daß im Verlauf der DDR-Geschichte von der Sozialstrukturforschung differenziertere Konzepte des theoretischen Umgangs mit sozialer Differenzierung und ihre theoretische Interpretation entwickelt wurden. Für eine detailliertere Darstellung vgl. Solga 1995, S. 21 ff.

merksamkeit für negative Auswirkungen bestimmter "Experimente" im Bildungssystem für diese Qualifikationsgruppe und mangelnder Antizipation der Folgen ihres Verschwindens.

Doch war die Politik von Partei- und Staatsführung nicht durchgängig von Desinteresse für mittlere Qualifikationsgruppen - mit den geschilderten fatalen Folgen - geprägt: Sie trug vielmehr selbst kontinuierlich zur Reproduktion dieser sozialen Gliederungen bei durch die Fortführung und teilweise auch Verbesserung der entsprechenden Bildungsgänge. Phasenweise gab es zudem durchaus ein geschärftes Bewußtsein für die Probleme dieser Gruppen und Partialmaßnahmen für deren Bewältigung (etwa die Versuche zur Veränderung der Entlohnung beim Meister in den 80er Jahren). Aber es gab eben insgesamt keine in sich konsistente und offensive Politik in dieser Beziehung. Vor allem wurde offenbar mit den speziellen Interessen und Problemen der betreffenden Gruppen nicht gezielt politisch gearbeitet, sie wurden nicht für eine spezifische Bindung an das System, für eine soziale und politische Integration dieser Gruppen genutzt.³ Aufschlußreich auch hier das Beispiel der Meister, die nur über allgemeinpolitische Loyalität für ihre extrem schwierigen Aufgaben verpflichtet (und deshalb nach entsprechenden Kriterien ausgewählt) werden sollten, nicht aber auch über ihre spezifischen Meisterinteressen. Der einzige schwache Ansatz einer solchen Interessenpolitik für diese Gruppen außerhalb der Arbeiterschaft war die Kammer der Technik, in der insbesondere Ingenieure (im Prinzip auch Meister und Facharbeiter) ihren fachlich-technischen Interessen nachgehen konnten, nie aber sozialen und Statusinteressen (Giessmann 1993).

Vor dem Hintergrund dieser doch sehr widersprüchlichen Gegebenheiten sowohl von realer sozialer Differenzierung als auch von Staats- und Parteipolitik erscheint die von der Transformationsforschung weitgehend konsensuell vertretene These, die DDR sei eine funktional und sozial ent-

3 Einen Vorstoß in diese Richtung machte ab Anfang der 80er Jahre die Sozialstrukturforschung, insbesondere M. Lötsch. Diese Konzeption richtete sich - im Gegensatz zu der bislang gängigen These und Programmatik einer kontinuierlichen Angleichung der vorhandenen sozialen Gruppen an die Arbeiter"klasse" - darauf, nicht eine möglichst rasche Verringerung der bestehenden sozialen Unterschiede könne das Ziel sein, sondern die Nutzung der bestehenden Unterschiede als "Triebkräfte" für eine effektive Arbeit (insbesondere der Intelligenz) im Interesse einer Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der DDR (Solga 1995, S. 30 ff.).

differenzierte Gesellschaft mit einer kleinen Herrschaftselite - und damit eine "vormoderne" Gesellschaft - gewesen (kritisch dazu Mayer 1995, S. 352 und Reißig 1996, S. 245), doch recht kurzschlüssig; und dies in doppelter Weise: Zum einen trifft sie die hier ausschnitthaft sichtbar gewordenen realen Differenzierungen wie auch die Politiken und Bedingungen, die sie immer weiter reproduzierten, nicht. Zum anderen ist vor dem Hintergrund zunehmender Forderungen nach Entberuflichung und Enthierarchisierung in westlichen Betrieben als wichtigen Momenten von "Modernisierung" wie auch der krisenbedingten Nivellierung der Lebensbedingungen auch der westdeutschen Arbeitnehmerschaft doch sehr zu fragen, inwiefern die der DDR attestierte soziale Entdifferenzierung ein Defizit an Modernität indizieren soll. Auch könnte sich ja die durch die Nivellierung der Einkommen unterschiedlicher Qualifikationsgruppen bewirkte Lockerung der traditionell engen Kopplung von Bildungswahlverhalten an Einkommensdifferenziale in Zukunft auch im Westen durchaus als "modern" erweisen; die Entkopplung von Bildungsabschlüssen und beruflichen Positionen wird ja auch im Westen schon seit längerem von Vertretern einer möglichst weitgehenden Bildungsexpansion propagiert.

(2) Die Entwicklung der untersuchten Qualifikationstypen im Spannungsfeld von Plan und Markt

Ganz unbezweifelbar hat die zentrale Planung des Bildungssystems, der ökonomischen Entwicklung wie des für erforderlich gehaltenen Arbeitskräftepotentials das Profil und den quantitativen Umfang der interessierenden (und wohl aller) Qualifikationsgruppen der DDR und ihre Entwicklung über die Jahrzehnte hinweg ganz wesentlich geprägt. Dies zeigen die Fallanalysen im Hinblick auf die direkten und indirekten Konsequenzen der verschiedenen Bildungsreformen für die interessierenden Qualifikationsgruppen in großer Breite; das zeigt die Analyse der Ende der 60er Jahre geplanten wirtschaftlichen Aufholprozesse mit der massiven Ausweitung der Ausbildung von Hochqualifizierten zumindest ausschnitthaft.

Doch ist die große Bedeutung von Planung für das konkrete Profil und die Entwicklung der Qualifikationsgruppen in mehrfacher Hinsicht einzuschränken:

Zum einen (und wichtigsten) waren in das planwirtschaftliche System systemfremde Elemente eingebaut, insbesondere bestimmte Rechte und Ga-

rantien für die Arbeitskräfte (Wolter, Körner 1994a; 1994b; Grünert u.a. 1997): das in der Verfassung verankerte Recht auf freie Ausbildungs- und Berufswahl, das Verfassungsrecht auf einen Arbeitsplatz, das "unwidersprochen immer als Recht auf eine der vermittelten Qualifikation entsprechende Arbeit verstanden wurde" (Wolter, Körner 1994b, S. 95), und das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes. Diese Rechte, die fortschrittliche Elemente bürgerlicher Gesellschaften (freies Recht auf Ausbildungs- und Arbeitsplatzwahl) kombinierten mit Rechten, die nur in sozialistischen Gesellschaften denkbar sind (Recht auf Arbeit und eine der Ausbildung entsprechende Arbeit), waren Konsequenzen der politischen Zielsetzungen der DDR und wohl notwendige Voraussetzung für ihre politische Legitimation, gerade in der "Systemkonkurrenz" mit der Bundesrepublik. Doch standen diese Rechte und Garantien in einem prinzipiellen Widerspruch zu einem System der Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft nach zentraler Planung. Dieser Widerspruch konnte mit Hilfe von Berufsberatung sowie Ausbildungs- und Berufslenkung mehr oder minder gut bewältigt werden, er konnte jedoch immer wieder aufbrechen, zentrale Planungen gefährden und bestehende Strukturen destabilisieren.

Dies brachte in die Planwirtschaft Marktelemente, die auch das Profil und die Entwicklung der interessierenden Qualifikationsgruppen massiv mitbestimmten: Zum einen implizierten diese Rechte marktförmige Abwägungsprozesse des Nachwuchses zwischen unterschiedlichen Bildungsgängen und deren jeweiligen Aufwendungen und Erträgen; diese Abwägungsprozesse konnten ohne oder sogar gegen zentrale Planung einen Bildungsweg austrocknen lassen, wie im Fall der Techniker Ausbildung in den 60er Jahren geschehen, oder aber weit über den bestehenden Bedarf hinaus füllen (der Fall der Fachschulingenieurausbildung in den 70er und beginnenden 80er Jahren). Dazu kamen Prozesse der marktförmigen Abwägung zwischen alternativen Erträgen, die einen Bildungsgang umfunktionalisieren konnten, wie im Fall der Meisterausbildung geschehen, die zunehmend als Weg in eine höhere Facharbeiterlohngruppe statt als Weg zur Meisterposition gewählt wurde; eine Umfunktionalisierung, die aufgrund des Rechts auf Ausbildungs- und Arbeitsplatzwahl nicht blockiert werden konnte. Aber auch die Aushandlungsprozesse im Betrieb um Leistungs- und Planerfüllung, die die Rolle des Meisters zunehmend formten und deformierten, waren Konsequenz und (Versuch zur) Lösung der Probleme, die letztlich aus diesem Widerspruch resultierten: Hätte man leistungsverweigernde Arbeitskräfte entlassen können, wären solche Aushand-

lungsprozesse nicht erforderlich gewesen oder hätten zumindest nicht diese massive Bedeutung bekommen.

Solche wie die hier beschriebenen, von Staats- und Parteiführung nicht gewollten marktförmigen Prozesse mußten also immer wieder die strukturellen Brüche im System überbrücken. Die gezielte Nutzung solcher marktförmiger Prozesse durch eine Politik von positiven Anreizen blieb im hier untersuchten Feld eng begrenzt, in der Politik gegenüber der Arbeiterschaft hatte sie wohl größere Bedeutung.

Doch war die Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft nicht nur durch solche Marktelemente eingeschränkt, sondern auch durch eine systematische Begrenzung von Planungsfähigkeit, wie eine ganze Reihe von Entwicklungen zeigen, die hier dokumentiert sind: An die verschiedenen bildungspolitischen und bildungsreformerischen Experimente der 60er Jahre, die ungewollt die Ausbildung zum Techniker destabilisierten und damit indirekt auch den Fachschulingenieur, der die Funktionen des Technikers übernehmen mußte, ist hier ebenso zu erinnern wie an die unrealistischen Planungen der Ingenieurreform Mitte der 80er Jahre, die auf massive Durchsetzungsprobleme stießen.

Vor dem Hintergrund dieser widersprüchlichen Gegebenheiten erscheint die in vielen Varianten formulierte Charakterisierung der DDR-Gesellschaft als einer durch zentrale Planung und Planwirtschaft determinierten Gesellschaft nicht nur unzureichend, sondern auch falsch. Was die Analyse der Einflußgrößen, die die Entwicklung der untersuchten Qualifikationsgruppen bestimmten, zeigte, gilt wohl für die gesellschaftliche Entwicklung der DDR insgesamt: Sie kann wesentlich angemessener erfaßt werden als ein Ineinander- und Gegeneinanderspielen von Planungs- und Marktprozessen, die sicher nicht gleichgewichtig waren, deren soziale Sichtbarkeit und politisch-gesellschaftliche Anerkennung stark differierte, deren Gewicht sich im Zeitablauf veränderte - die aber notwendigerweise immer beide wirksam waren.

(3) Die Entwicklung der untersuchten Qualifikationstypen im Spannungsfeld von zentralen Beschlüssen und Akteursinteressen

Ebenso unbezweifelbar wie die große Bedeutung von Planung als Steuerungsinstrument ist die Dominanz von Partei- und Staatsführung für die Entwicklung der Wirtschaft und noch mehr der gesellschaftlichen Repro-

duktionsinstitutionen wie insbesondere des Bildungssystems, die zusammen, in ihrer Wechselwirkung, Profil und Entwicklung der interessierenden Qualifikationsgruppen wesentlich bestimmten: Die Konzipierung und Inangsetzung der Ingenieurreform einschließlich der Revitalisierung des Technikers Mitte der 80er Jahre durch einen Beschluß des Politbüros ist ein aufschlußreiches, vielleicht besonders drastisches Beispiel. Es scheint die These vom "gesellschaftlichen Monosubjekt", das alle Macht monopolisierte und damit zugleich die Subjektivität des großen "Rests" der Gesellschaft amputierte und blockierte (Adler 1991, S. 175), in gerade klassischer Weise zu belegen.

Doch zeigt dieses Beispiel auch etwas anderes: Es zeigt, daß ein auf diese Weise zustande gekommener politischer Beschluß sich nicht wie geplant durchsetzen ließ und daß dies ganz wesentlich darauf zurückzuführen ist, daß er "einsam", ohne Abstimmung mit Betrieben, Fachschulen und Arbeitskräftenachwuchs (bzw. Eltern), gefaßt wurde. Denn eine Diskussion im Vorfeld einer solchen Reform (die es bei früheren Reformprozessen im übrigen teilweise durchaus gegeben hat) hätte ja nicht nur die sachlichen und planerischen Inkonsistenzen und Unstimmigkeiten dieses Konzepts sichtbar gemacht, sondern auch und vor allem die gegenläufigen Interessen insbesondere der Betriebe und der Fachschulen; über sie wäre dann zu verhandeln gewesen, so aber - konfrontiert mit dem Beschluß und nur im nachhinein einbezogen in die Erprobung seiner Umsetzung - reagierten sie mit mehr oder minder verdecktem inhaltlichen Widerstand und einem "Unterlaufen" der staatlichen Vorgaben.

Dieser Prozeß zeigt, daß nicht nur Partei- und Staatsführung Akteure und "Subjekte" des politischen Geschehens waren. Auch Betriebe, Schulen und Nachwuchskräfte waren Subjekte mit spezifischen Interessen, eigenständigen Strategien und zumindest teilweisen Durchsetzungschancen.

Die These eines die gesamte Gesellschaft steuernden Monosubjekts ist angesichts dieser - natürlich nur begrenzten, aber sicher nicht ganz singulären - Erfahrung wenig plausibel. Dies gilt auch für die These der dem gesellschaftlichen Monosubjekt notwendigerweise komplementären "inoffiziellen Struktur- und Verhaltensebene" (ebd.): Wenn Betriebe und Schulen und ihre Ressourcen für eine Blockierung der Entscheidungen des "Monosubjekts" inoffizielle Strukturen sind - was können dann offizielle Strukturen sein, welchen Sinn macht eine solche Unterscheidung? Kann eine Struktur, die vom "Monosubjekt" gesetzt, laufend reproduziert und

so unabdingbar gebraucht wird wie die Betriebe und Fachschulen mit ihren Handlungsspielräumen und Strategiefähigkeiten, in soziologischer Sicht als informelle Struktur klassifiziert werden? Sinnvoller erscheint es auch hier, von einem Ineinander und Gegeneinander von gesellschaftlichen Subjekten auszugehen, natürlich mit unterschiedlichem Gewicht, aber auch mit unterschiedlichen, ja widersprüchlichen Interessen und der Fähigkeit zu eigener Strategiebildung. Nur so dürften sich im übrigen auch die im Verlauf der DDR-Geschichte eintretenden latenten Machtverschiebungen und die scheinbar plötzlichen und überraschenden "Kurswechsel" erklären lassen: als Veränderung von Allianzpotentialen aufgrund konvergierender Partialinteressen unterschiedlicher gesellschaftlicher Subjekte.

(4) Die Entwicklung der untersuchten Qualifikationstypen im Spannungsfeld von Ökonomie und Politik

Die Entwicklung der untersuchten Qualifikationstypen war wesentlich geprägt sowohl durch politische als auch durch ökonomische Zielsetzungen und durch die Entwicklung des Verhältnisses dieser beiden Zielsetzungen zueinander, die ja nicht notwendigerweise parallel laufen. Diese Entwicklung läßt sich bis zu einem gewissen Grad in Zusammenhang mit (Abhängigkeit von) den beiden fundamentalen Typen des wirtschaftlichen Wachstums der DDR (Grünert 1996) sehen:

Die Phase des **extensiven Wachstums** stärkte vor allem den Qualifikationstyp, in dem sich wirtschaftliche und politische Ziele der DDR in exemplarischer Weise verbanden - ja, der prototypisch für diese beiden Ziele und ihre "Einheit" stand: den Fachschulingenieur. Das Erbe dieses Qualifikationstyps und seines Bildungsgangs aus der vorhergehenden Gesellschaft war, wie gezeigt, in der damaligen Konstellation ein "Geschenk", da er die ebenso dringlichen wie ehrgeizigen Pläne zum Aufbau und zur Modernisierung der Wirtschaft zu unterstützen versprach, dabei aufgrund seiner Facharbeiterbasis flexibel einsetzbar war, zugleich aber politisch die durch das System gebotenen Aufstiegschancen für Facharbeiter symbolisierte und zur Erneuerung der Leitungskräfte durch systemloyale Arbeitskräfte aus der Arbeiterschaft beitrug.

Wo es hingegen von vornherein Spannungen zwischen politischen und ökonomischen Zielsetzungen gab wie beim Meister, war die Entwicklung dauerhaft widersprüchlich, und es wurden immer wieder neue Strategien der Lösung dieser Widersprüche versucht: Nach frühen Versuchen einer

gewissen Entmachtung des Meisters und seiner Substitution durch politisch verlässlichere Kräfte (die Brigadiere) und massiven Rückschlägen dieses Versuchs auf die Arbeitsmotivation der Meister, auf das Betriebsklima und die Produktivität versuchte man, die gewünschte Einheit von politischen und ökonomischen Zielen durch eine Politisierung der Selektion und Ausbildung der Meister zu sichern. Beides zusammen sollte dazu beitragen, gerade an dieser besonders prekären Nahtstelle zwischen Arbeiterschaft und Leitung und unter den - wie dargestellt - außerordentlich spannungsreichen Bedingungen ökonomische Ziele (Planerfüllung) **durch** politische Verlässlichkeit der Meister und deren aktive politische Erziehungsarbeit sicherzustellen.

Techniker hingegen ebenso wie kaufmännische Fachkräfte der verschiedenen Niveaus fielen, da (vermeintlich) ökonomisch weniger bedeutsam, einem gewissen Desinteresse, einer Marginalisierung zum Opfer: Der Techniker verschwand, die kaufmännischen und Verwaltungsfachkräfte blieben eine heterogene, besonders schlecht entlohnte Gruppe.

In der Phase des (versuchten) **intensiven Wachstums** ging die "Einheit von Politik und Ökonomie" auch da zu Bruch, wo sie zunächst bestanden hatte, beim Fachschulingenieur. Genauer: Zunächst, während des Versuchs eines "Überholens ohne Einzuholen", sollte sie sogar verstärkt werden durch massive Ausbau- und Aufwertungsprozesse sowohl der höheren Bildung als auch fortschrittlicher Industrien. Dieser Versuch eines forcierten "Sprungs nach vorn" gefährdete jedoch die Einheit von Politik und Ökonomie in der Gesamtgesellschaft, d.h. auf wesentlich größerer Stufenleiter und in bedrohlichem Umfang: Die Realisierung dieser Ausbauprozesse hätte eine massive Einschränkung des gesellschaftlichen Konsumfonds und damit der Konsummöglichkeiten der Bevölkerung bedeutet - mit hochproblematischen Risiken einer politischen Destabilisierung nach innen und nach außen (Wolter, Körner 1994a, S. 46 ff.). Deshalb wurden die wirtschaftlichen Planungen abgebrochen, die Bildungsplanungen konnten jedoch nur langsam zurückgefahren werden; ein Dilemma, das fortan zu erheblichen "Disproportionalitäten" zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem führte. Das durch die wirtschaftlichen Planungen stimulierte Wachstum der Ingenieurausbildung hatte politischen Eigenwert bekommen - und diesen behalten, auch als es ökonomisch bereits sinnlos war. Es kam, wie ausführlich gezeigt, zu einem Widerspruch zwischen der Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung und sinkendem Bedarf an Hochqua-

lifizierten aus diesem Grund einerseits und bleibender Nachfrage nach Fachschul- und Hochschulausbildung andererseits. Die dem wirtschaftlichen Bedarf proportionale Entwicklung von Hochqualifizierten war der hinfort nachdrücklich beschworenen "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" geopfert worden. In der Konsequenz dieser Prozesse haben auch der Fachschulingenieur und der Diplomingenieur in qualitativer Perspektive viel von ihrer traditionellen Stärke verloren, sie zeigten Erosionsphänomene, ein Diffuserwerden ihrer Einsatzfelder und eine schleichende Entwertung ihrer Qualifikation durch unterwertigen Einsatz auf den Positionen von ehemaligen Technikern und Meistern.

Diese Entwicklung bedeutete gesamtgesellschaftlich natürlich eine Vergeudung. Die Betriebe jedoch konnten aufgrund der skizzierten Bedingungen gut mit ihr leben, ebenso die Bildungseinrichtungen; weniger gut die Fachschulingenieure und die Fachschulstudenten, noch wesentlich weniger gut die Diplomingenieure und ihr Nachwuchs, wie die zunehmende Zahl der Rückgabe von Studienberechtigungen in diesen Jahren zeigt.

Der Versuch einer Wiederherstellung von Proportionalität durch die Ingenieurreform von 1985 war offenbar unausgereift, in den Einzelheiten nicht voll durchdacht, nicht abgestimmt mit den Interessen der Akteure in diesem Feld und nicht mit ihnen ausgehandelt; es ist und bleibt unklar, ob das nur ein "politischer Fehler" war oder aber wohlbegründete Angst vor den konkreten Interessen an der Aufrechterhaltung des Status quo und vor Akteuren, die relativ durchsetzungsstark waren und bei breiter Vorabdiskussion vielleicht die geplante Reform von vornherein völlig blockiert hätten.

Ergebnis der skizzierten mehrfach widersprüchlichen objektiven Bedingungen und der wechsellvollen Entwicklungen, in denen versucht wurde, für diese Widersprüche Lösungen zu finden, sind sowohl spezifische Stärken als auch spezifische Schwächen der untersuchten Qualifikationstypen, mit denen diese in den Transformationsprozeß gingen. Ihrem Schicksal nach dem Systemtransfer und einigen dabei sichtbar werdenden Merkmalen und Mechanismen des Transformationsprozesses ist im folgenden Abschnitt - wieder aufbauend auf den Ergebnissen der Fallanalysen - in zusammenfassender Form nachzugehen.

2. Lektionen aus dem Schicksal der untersuchten Qualifikationsgruppen im Transformationsprozeß

Die Forschung zum Wandel der Sozialstruktur nach der Wende konzentriert sich schwergewichtig auf Positionsveränderungen von Individuen: auf Arbeitsplatzwechsel, Berufs- und Berufsfeldwechsel, Betriebs- und Branchenwechsel. Diese großflächigen Erhebungen - repräsentative, z.T. nach Kohorten geschichtete Befragungen einer großen Zahl ehemaliger DDR-Bürger - haben sowohl das Bild der ehemaligen DDR, wie es in den ersten schnellen "Interpretationen" der DDR-Gesellschaft mit ihren Übergeneralisierungen einzelner Aspekte entworfen wurde, als auch das dazu komplementäre Bild der Entwicklungen nach der Wende nachhaltig zurechtgerückt, z.T. differenziert, z.T. aber schlicht korrigiert.⁴ Das zeigen zuletzt die zusammenfassenden Darstellungen von Mayer (1995) wie auch von Schenk (1996).

Doch bleiben hinter diesen Analysen aus systematischen (Zugriffs-)Gründen wesentliche Aspekte des Wandels der DDR-Gesellschaft im allgemeinen und der Sozialstruktur der neuen Bundesländer im besonderen verborgen. Diese Aspekte aufzuzeigen und dabei zugleich bestimmte Mechanismen des Transformationsprozesses und ihre Folgen sichtbar zu machen, ist allgemeines Ziel der hier vorgestellten Fallanalysen, die insofern komplementär zu den genannten quantitativen Untersuchungen ansetzen.⁵ Der "Extrakt" dieser Analysen im Hinblick auf den Transformationsprozeß ist im folgenden in zusammengefaßter Form zu zeigen.

-
- 4 Wesentlich dazu beigetragen haben vor allem die Lebensverlaufsuntersuchungen des Max-Planck-Instituts (Mayer 1993; 1994; 1995; 1996; Diewald, Solga 1995; 1996; Solga 1995; Diewald, Mayer 1996), aber auch die Untersuchungen von Schenk (1995) und Infratest (1993).
 - 5 Mayer nennt anläßlich einer Zwischenbilanz des Transformationsprozesses im Lichte der Ergebnisse der Lebensverlaufsuntersuchungen des Max-Planck-Instituts selbst eine Reihe von Fragen, die seines Erachtens noch nicht eindeutig entschieden sind: die Frage nach der exogenen oder endogenen Steuerung der Transformationsprozesse, die nach ihrer interventionistischen Durchsetzung "von oben" oder ihrer aktiven Bestimmung auch "von unten", die nach den Schemata und Mechanismen der Transformation, die nach dem Erbe der DDR als Bedingung von Transformation und Transformationsergebnissen und die nach einem möglichen Sonderweg für Ostdeutschland (Mayer 1996, S. 343). Zur Beantwortung einiger dieser Fragen können die hier präsentierten Analysen, auch wenn sie nicht daraufhin konzipiert wurden, beitragen.

(1) Kontinuitäten in der Sozialstruktur - Hülse für die unsichtbar bleibende Verarbeitung weitreichender Veränderungen

Im Transformationsprozeß haben sich die Profile der untersuchten Qualifikationstypen, ihr betrieblicher und gesellschaftlicher Status, wie ausführlich gezeigt, weitreichend verändert. Diese Veränderungen bleiben hinter den in quantitativen Untersuchungen oft mit Überraschung festgestellten Stabilitäten und Kontinuitäten, hinter den unerwartet geringen Quoten von Arbeitsplatz-, Berufs-, Betriebs- und Branchenwechsel systematisch verborgen. Das relativiert nicht nur diese Kontinuitäten in erheblichem Umfang, sondern zeigt auch bestimmte Tiefenmechanismen des Transformationsprozesses: Ein Gutteil der "notwendigen" Veränderungen von Qualifikationen, Verhaltensweisen und Orientierungen, von Mustern der Arbeitsteilung und Kooperation und früherem Positionsgefüge erfolgt durch qualitative Veränderungen der gesellschaftlichen Qualifikationstypen und damit unterhalb der Schwelle, die sie für einen quantitativen, auf Mobilitätsprozesse konzentrierten Zugriff faßbar werden läßt.

Daß und wie wesentliche Veränderungsimpulse innerhalb der "Hülse" der bestehenden Qualifikationstypen be- und verarbeitet werden und wodurch dies jeweils bestimmt ist, zeigen die folgenden Abschnitte.

(2) Die Transformation der untersuchten Qualifikationsgruppen im Betrieb - Nutzung von Potentialen und von Hypothesen der DDR-Vergangenheit

Ein wichtiger Teil dieser Veränderungen war Ergebnis der Personalpolitiken der sich restrukturierenden ostdeutschen Betriebe und folgte ihren sich neu konstituierenden Interessen. Durchgängiges Muster war dabei die Nutzung von Stärken und Schwächen, die die untersuchten Qualifikationsgruppen aus ihrer DDR-Geschichte mitbringen und die gewissermaßen Potentiale und Hypothesen im Transformationsprozeß darstellen: Die Betriebe haben sowohl an bestimmte Stärken als auch an bestimmte Schwächen des Fachschulingenieurs, des VE-Meisters und der kaufmännischen Fachkraft angeknüpft und sie in der neuen marktwirtschaftlichen Logik selektiv genutzt für die anstehenden Prozesse der Selektion und Umsetzung wie auch der Restrukturierung von Arbeitsorganisation, Arbeitsteilung, Hierarchie, Einsatz und Entlohnung:

Sie nutzten die fachlichen Qualifikationen der Fachschulingenieur, ihr handwerkliches Können und ihre Gewöhnung an selbsttätige Lernprozesse

se ("Selbststudium"), ihr lange frustriertes Bedürfnis nach effizientem "ingenieurmäßigen" Arbeiten möglichst mit neuen Technologien und nach rationeller Gestaltung des Arbeitsprozesses, ihre durch Facharbeitervergangenheit bedingte fachliche Flexibilität und ihre Fähigkeit zur Kommunikation und Kooperation mit den Arbeitern. Sie nutzten aber auch ihre soziale Flexibilität, ihre Bereitschaft zur Hinnahme von Abstiegen, die durch die Erfahrung von unterwertigem Einsatz auf ehemaligen Meister- oder Technikerpositionen in der DDR zumindest vorbereitet worden war (wenngleich natürlich unterwertiger Einsatz damals eine andere Bedeutung hatte), und ihre traditionelle Bejahung von Kompromissen, die Erbe früherer erzwungener Abstriche vom Ingenieurideal war.

Die Betriebe nutzten die fachliche Qualifikation und die Lernbereitschaft der VE-Meister, aber auch ihr Improvisationsgeschick, ihre Gewöhnung an besondere Drucksituationen, ihre "Einsicht in Sachzwänge"; und sie nutzten auch den relativ niedrigen betrieblichen Status des VE-Meisters, der ihre Abstufung zu Vorarbeitern legitimatorisch erleichterte.

Die Betriebe nutzten die Qualifikationsüberhänge in den kaufmännischen und Verwaltungsabteilungen mit ihren hohen Anteilen an Hochschul- und Fachschulabsolventen, aber auch die frühere Marginalisierung und Unterbewertung dieser Arbeitskräfte, die deshalb auf die Aufwertung von kaufmännischen und Verwaltungsfunktionen mit einem Motivationsschub reagierten; und sie nutzten wohl auch den hohen Frauenanteil dieser Bereiche, der angesichts der schlechten Arbeitsmarktperspektiven für Frauen eine besondere Flexibilität in der Hinnahme von Umsetzungen, Verdrängungs- und Abstiegsprozessen sicherte.

Neben diesen Stärken und Hypothesen der Vergangenheit konnten und können Betriebe, wie an späterer Stelle zu zeigen sein wird, auch Bedingungen und deren Verhaltensimplikationen nutzen, die durch Setzungen des Systemtransfers geschaffen wurden: die Schwächung der Arbeitsmarktposition und des gesellschaftlichen Status dieser Gruppen durch die Art und Weise, wie die Frage einer "Anerkennung" ihrer Qualifikationsabschlüsse im geeinten Deutschland behandelt wurde (vgl. (4)).

(3) Die untersuchten Qualifikationsgruppen - sowohl Gewinner als auch Verlierer von Transformationsprozeß und stärkerer Differenzierung

Die durch den Systemtransfer ausgelösten Prozesse der Restrukturierung der Industriebetriebe beinhalteten, wie in den Fallanalysen im einzelnen

gezeigt, für die Qualifikationstypen des Fachschulingenieurs und des Meisters wie auch für das kaufmännisch verwaltende Personal von Industriebetrieben einen widersprüchlichen Prozeß:

Zum einen kam es zu Prozessen der Destabilisierung dieser Gruppen durch massenhafte Entlassungen und vorgeschaltete Selektionsprozesse, durch Abstiegsprozesse, die gerade bei den Fachschulingenieuren offenbar besonders stark ausgeprägt waren (Schenk 1996, S. 170 ff.), aber auch, wie gezeigt, Meister und kaufmännisches Personal massiv trafen. Zu dieser Destabilisierung trägt auch die wachsende objektive Konkurrenz innerhalb und zwischen diesen Gruppen bei, die zunehmend auch verhaltensrelevant wird. Auf der anderen Seite aber erfahren diejenigen Arbeitskräfte, die einen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz behielten, eine deutliche Aufwertung in mehreren Dimensionen: Sie erhielten durchgängig ein breiteres, reichhaltigeres Arbeitsgebiet als früher, mehr Verantwortung und Entscheidungsspielraum - und nicht zuletzt ein absolut wie relativ zur Arbeiterschaft höheres Einkommen. Den obengenannten Schwächungsprozessen, die schwergewichtig die ausgegliederten oder marginalisierten individuellen Arbeitskräfte treffen, stehen also mehrdimensionale Prozesse einer Stärkung der Qualifikationstypen an sich gegenüber. Diese könnten (*ceteris paribus*) zu einer Restabilisierung insbesondere des Meisters führen, der sich, wie gezeigt, in der DDR-Gesellschaft in einer Art Dauerkrise befand.

Etwas weniger konturiert ist die Entwicklung im Bereich der kaufmännischen und Verwaltungsangestellten: Auch hier gab es massenhafte individuelle Ausgliederungs- und Abstiegsprozesse gleichzeitig mit einer Aufwertung und Anreicherung von Funktion, Aufgabengebiet und Verantwortung sowie der Entlohnung derjenigen, die im Betrieb blieben. Doch bedeuten diese Prozesse keine Schwächung bzw. Stärkung eines Qualifikationstyps, da es, wie gezeigt, eine konturierte mittlere Qualifikationsgruppe in den kaufmännischen und Verwaltungsabteilungen der Industriebetriebe nicht gab, diese vielmehr mit sehr heterogenem Personal besetzt gewesen waren. Diese Heterogenität reduzierte sich nun teilweise aufgrund von Verdrängungsprozessen zugunsten von Hochqualifizierten, ohne daß dadurch schon so etwas wie eine institutionelle Schließung zwischen Ausbildungsgang und definiertem Einsatzfeld eintreten würde.

Sehr viel eindeutiger ist die Entwicklung im Bereich des Technikers: Die wenigen Absolventen der Mitte der 80er Jahre revitalisierten Techniker-

ausbildung der DDR "verloren sich" in den allgemeinen Restrukturierungsprozessen, kamen oder blieben vielfach auf Facharbeiterpositionen und/oder versuchten, durch ein Fachhochschulstudium in eine andere Qualifikationsgruppe zu wechseln; und die Versuche zu einer Reetablierung des Technikers nach westdeutschem Muster scheiterten aus an späterer Stelle zu zeigenden Gründen bislang weitgehend (vgl. (8)). Im Ergebnis hat sich die besonders hybride Situation, aus der heraus der Techniker in den Transformationsprozeß ging, nicht verbessert.

Hintergrund dieser widersprüchlichen Prozesse, die beim Meister und beim Ingenieur besonders deutlich zutage treten, sind zum einen die neuen marktwirtschaftlichen Rationalisierungsinteressen der Betriebe, zum anderen die radikal veränderten politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen: Die in marktwirtschaftliches Handeln von Betrieben eingebauten Zwänge zu einer möglichst weitreichenden Ausschöpfung der Potentiale ihrer Arbeitskräfte durch neue Formen der Arbeitsorganisation, enthierarchisierte Strukturen und systematische Einsparung von Arbeitskraft haben nicht nur zu den vielfach beschriebenen Restrukturierungs- und Rationalisierungsprozessen mit ihren sozialen Folgen geführt (vgl. insbesondere Lutz, Grünert 1996 sowie Schmidt 1996 und die dort jeweils angegebene Literatur); sie führten auch zur Aufwertung der untersuchten Qualifikationstypen und ihrer Aufgaben. Zudem haben sowohl die Interessen der Betriebe an innerbetrieblicher Differenzierung - in der Perspektive von Leistungsanreizen wie auch aus soziopolitischen Gründen - als auch die nach westdeutschem Muster strukturierten Tarifverträge mit ihren erheblichen Lohndifferenzialen die Reproduktionsbedingungen gerade dieser mittleren Gruppen im Hinblick auf die Entlohnung deutlich angehoben.

Zugleich haben aber dieselben Rationalisierungsinteressen in Kombination mit dem Recht zur Entlassung (bei arbeitsmarktbedingt geringen Wiederbeschäftigungschancen) dazu geführt, in die Berufsverlaufsmuster dieser Gruppen große Reproduktionsrisiken zu integrieren: das bleibende Risiko eines Verlusts des Arbeitsplatzes, das Risiko eines unterwertigen Einsatzes, wachsende Arbeitsintensität und das Risiko eines besonderen und vorzeitigen Verschleißes aufgrund besonders hoher, weil zeitlich kumulierender Anforderungen an fachliches und soziales Lernen und Arbeiten in der Ausnahmesituation der betrieblichen Restrukturierung - ein Risiko, das nun nicht nur Gesundheitsgefährdung, sondern auch den Verlust des Arbeitsplatzes bedeutet.

Diese widersprüchlichen Entwicklungen restümierend, läßt sich die Frage danach, ob der Transformationsprozeß die von den interessierenden Qualifikationsgruppen in der DDR-Gesellschaft erfahrenen relativen Deprivilegierungen zurücknehmen und kompensieren werde, nicht mit einem klaren Ja oder Nein beantworten: Diese Gruppen sind sowohl Gewinner als auch Verlierer dieses Prozesses; diese Unterscheidung greift hier also (wieder einmal) nicht, und zwar nicht nur in bezug auf die Individuen, sondern auch auf die Qualifikationstypen als gesellschaftliche Strukturen.

Dementsprechend komplex fällt die Antwort auf die Frage aus, ob im untersuchten Feld die soziale Differenzierung zugenommen hat. Auch wenn man von den durch Arbeitslosigkeit ausgegliederten Arbeitskräften dieser Qualifikationsgruppen absieht, bleibt die Entwicklung widersprüchlich: Einerseits gibt es heute im Gefolge der genannten Aufwertungsprozesse in diesem Feld mehr Differenzierung als früher, und sie hat größere materielle und wohl auch symbolische Bedeutung. Andererseits konturiert sich diese wachsende Differenzierung nicht kumulativ und nicht linear: Viele ehemaligen VE-Meister wurden Vorarbeiter, haben in etwa die gleiche Arbeitsaufgabe wie früher, verdienen aber mehr, sind jedoch relational im Positionsgefüge des Betriebs und seiner Sozialstruktur abgesunken (Arbeiter statt Angestellter etc.). Analoges gilt für den Ingenieur: Sein Aufgabenbereich und seine Kompetenzen wurden massiv ausgeweitet, sein betrieblicher Status als Angestellter ist deutlich angestiegen, ebenso sein Gehalt, andererseits muß er aber als Ingenieur oft Aufgaben von wegrationalisierten Arbeitskräften eines niedrigeren Qualifikationsniveaus mitübernehmen und trägt ein besonders hohes Risiko, auf einer Meister- oder Technikerposition eingesetzt und entsprechend entlohnt zu werden.⁶

(4) Die veränderte gesellschaftliche Stellung der untersuchten Qualifikationsgruppen - wichtiges Element ihrer Transformation

Ein Denken in Gewinnern und Verlierern ist um so weniger angebracht, als sich auch die gesellschaftliche Stellung dieser Gruppen in problematischer Weise verändert hat und dies entsprechende Rückwirkungen auf ihre Stellung im Betrieb haben dürfte. Die Veränderung von Profil und Sta-

6 Die Entwicklungen im Bereich des Technikers und des kaufmännischen und Verwaltungspersonals sind in dieser Beziehung nicht hinreichend transparent geworden, um entsprechende Aussagen zu erlauben.

tus der interessierenden Gruppen erfolgte ja nicht nur im Betrieb und über Marktprozesse, sondern auch durch institutionelle (staatliche, para-staatliche) Instanzen und Regelungen. Die beiden hier zentralen Prozesse sind zum einen die mit dem Transfer des westdeutschen Bildungssystems erfolgten Veränderungen der jeweiligen Bildungsgänge, zum anderen die Regelungen zur Anerkennung der in der DDR erworbenen Bildungsabschlüsse:

Der **Transfer des Bildungssystems** brachte im hier interessierenden Feld eine administrative Angleichung der Meister- und der Techniker Ausbildung an ihre westdeutschen Pendant, für die Ausbildung zum Fachschulingenieur und -ökonom hingegen das Ende. Ersteres dürfte den Wert der Techniker- und Meisterabschlüsse auf dem nationalen und europäischen Arbeitsmarkt und damit (*ceteris paribus*) ihre gesellschaftliche Stellung verbessern; die Eliminierung des Bildungsgangs der Fachschulingenieure und -ökonomInnen dagegen, die die weitere Reproduktion dieser Gruppen beendet, schwächt natürlich ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft - sie wurden zum Auslaufmodell gemacht und haben die Folgen zu tragen.

Komplizierter und mindestens ebenso aufschlußreich für den Transformationsprozeß sind die Hintergründe und die **Wirkungen der Regelungen zur Anerkennung der Bildungsabschlüsse der DDR**. Sie sind Produkt mehrfach widersprüchlicher Interessen von ost- und westdeutschen Akteuren, von Staat, Betrieben und Verbänden: Die Bewertung der Qualifikation von VE-Meistern, Fachschulingenieuren und Technikern und das "Zusammenwachsen" dieser Berufsgruppen mit den korrespondierenden westdeutschen Gruppen erfolgte ja keineswegs ausschließlich durch Marktprozesse. Diese hätten die Beurteilung des Wertes und die Entscheidung über die "Gleichwertigkeit" der VE-Meister-, Fachschulingenieur- und Technikerqualifikation voll dem Arbeitsmarkt, d.h. der Nachfrage der Betriebe und ihrer Einsatz- und Einstufungspolitik überlassen. Tatsächlich aber intervenierten hier massiv öffentliche und quasi-öffentliche Regelungen, die sowohl gesamtstaatliche (System-)Interessen als auch Partikularinteressen vermittelten. Es gab je nach Qualifikationstyp unterschiedliche Muster des Zusammenspiels von Markt- und nichtmarktlichen Prozessen, die hier nicht in voller Breite dargestellt werden können; deshalb mögen die "Überleitungs"-Regelungen für VE-Meister hier als Beispiel dienen:

Der Einigungsvertrag von 1990 bestimmte, wie erinnerlich, daß in der DDR erworbene schulische, berufliche und akademische Abschlüsse oder Befähigungsnachweise in der gesamten künftigen Bundesrepublik gelten sollten; und er legte fest, daß sie den in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin abgelegten Prüfungen gleichstehen und die gleichen Berechtigungen verleihen sollten, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sie diesen gleichwertig sind. Das Gesetz propagiert also in gesamtstaatlich-politischem Interesse die Integration der DDR-Bürger in die neue gesamtdeutsche Gesellschaft, läßt aber eine Tür offen für ihre Abstufung und eine je nach den konkreten Bedingungen, Akteuren und Interessen des jeweiligen Berufsfeldes unterschiedliche Handhabung des Gesetzes: Die Gleichwertigkeit mußte jeweils - und zwar auf Antrag der Betroffenen - festgestellt werden. Die zunächst vorgesehene Möglichkeit von rechtlichen Regelungen des Bundes und der Europäischen Union über die Gleichstellung von Prüfungen und Befähigungen, die Vorrang haben sollten gegenüber Feststellungsverfahren, wurde de facto nur sehr teilweise genutzt.

Für die VE-Meister, die in der Industrie blieben, wurde eine gesetzliche Regelung, die eine generalisierte Anerkennung ihrer Qualifikation beinhaltet hätte, von den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften verhindert; die VE-Meister wurden mit den westdeutschen Meistern "gleichgestellt", der Erwerb eines Industriemeister-Zertifikats der IHK hingegen ist nur nach Absolvierung der vollständigen dreijährigen Meisterfortbildung und einer regulären IHK-Prüfung möglich, nicht nach den (oft durch die Kammern veranstalteten) Brückenkursen, die die Unterschiede zwischen VE-Meister- und Industriemeisterausbildung abdecken sollen, und einer entsprechenden Teilprüfung. Für die Überleitung von VE-Meistern zu Handwerksmeistern wurde, nach einer ersten Periode, in der die Handwerkskammern eine entscheidende Rolle in den Anerkennungsverfahren spielten, eine Verordnung erlassen, die auf der Basis der im Handwerks-gesetz zugelassenen "Ausnahmebewilligung" die Anerkennung generalisierte, allerdings nur unter bestimmten Voraussetzungen (Fachkunde und mehrjährige Berufspraxis), deren Vorhandensein die Handwerkskammern begutachten sollten. Auch hier gibt es auch im positiven Fall keine vollwertige Gleichstellung mit dem Handwerksmeister: Die ehemaligen VE-Meister erhalten mit der Eintragung in die Handwerksrolle zwar das Recht, einen Handwerksbetrieb zu führen, nicht aber das vor allem für ihre Marktposition wichtige Recht auf Führung des Handwerksmeistertitels.

Soweit zur Rekapitulation der komplizierten Materie (vg. dazu auch Drexel, Jaudaus 1997).

Diese Regelungen waren Ausdruck mehrfach widersprüchlicher Interessen, die die Integration der ehemaligen VE-Meister in den gesamtdeutschen Arbeitsmarkt und in die Wirtschaftsstruktur bestimmten - etwas anders im Bereich der Industrie als im Handwerk. Die Industriebetriebe mußten und wollten einerseits mit den vorhandenen VE-Meistern weiterarbeiten, und Staat und Industrie konnten sie nicht politisch ausgrenzen durch völlige Nichtanerkennung ihrer früher erworbenen Qualifikation. Andererseits aber wollten die Entscheidungsträger, die für die Überleitung der VE-Meister im Bereich der Industrie zuständig waren (im wesentlichen die Kammern), ihre ordnungspolitischen Zielsetzungen wie auch ihre Regelungskompetenzen auch in den neuen Bundesländern implementieren und den Standard der Meisterqualifikation hochhalten bzw. einen hohen Standard überhaupt erst durchsetzen.

Die inneren Widersprüche in den Interessenlagen im Bereich des Handwerks waren noch ausgeprägter: Zum einen war der Staat aus gesamtstaatlich-politischen Gründen angesichts des Wegbrechens der ostdeutschen Industrie und ihrer Arbeits- und Ausbildungsplätze nachhaltig an einer raschen Ausbreitung des Handwerks interessiert. Und auch das Handwerk selbst und seine Verbände wollten sich - nach Jahrzehnten seiner Marginalisierung in der DDR-Gesellschaft - aus politischen und wirtschaftlichen Gründen auf breiter Basis etablieren und dabei auch die ihnen in der westdeutschen Rechtsordnung eingeräumte besondere politische Rolle übernehmen; aus diesen Gründen mußten die Handwerkskammern daran interessiert sein, die Zahl der Handwerksbetriebe und in Voraussetzung dafür, die Zahl der Handwerksmeister rasch zu vermehren. Zum anderen aber mußten auch sie daran interessiert sein, den Standard des Handwerksmeisters hochzuhalten und die daran gebundenen Berechtigungen zu legitimieren und abzusichern. Vor allem aber waren die im Osten bestehenden wie auch die sich aus dem Westen ansiedelnden Handwerksbetriebe, deren Interessen von den Kammern - trotz ihrer teilweise hoheitlichen Aufgaben - mit vertreten werden, an einer Beschränkung des Marktzutritts neuer Handwerksbetriebe interessiert.

Zur Vermittlung zwischen diesen widersprüchlichen Interessen wurde eine Reihe von politisch-rechtlichen Instrumenten der "Überleitung" ge-

schaffen: die beiden Formen einer zweitklassigen Anerkennung des VE-Meisters (die sog. Gleichstellung in der Industrie, die Eintragung in die Handwerksrolle ohne vollwertigen Handwerksmeistertitel im Handwerk); die Notwendigkeit individueller Anträge, d.h. die Vermeidung von pauschalen, die ganze Gruppe betreffenden Regelungen; die Ablehnung einer erleichterten vollwertigen IHK-Prüfung zum Industriemeister, die die Anerkennung bestimmter Teile der VE-Meisterausbildung sowie Teilprüfungen in bezug auf die in der VE-Meisterausbildung nicht enthaltenen Teile der westdeutschen Ausbildung vorausgesetzt hätte; die Nutzung des Rechtsinstituts von Ausnahmegewilligungen im Handwerksbereich in breitem Umfang und die Bindung der Eintragung in die Handwerksrolle an Fachkunde und mehrjährige Berufspraxis mit einer Verortung der Begutachtung bei den Kammern.

Diese politisch-rechtlichen Instrumente und die Verordnung zur generellen Eintragung von VE-Meistern in die Handwerksrolle bestätigen noch einmal, daß man den Transformationsprozeß nicht voll dem Markt überlassen wollte. Sie dokumentieren aber auch eine der Charakteristika der Marktwirtschaft westdeutscher Prägung: ihre Fähigkeit, institutionell-rechtliche Formen zu finden, in denen unterschiedliche und sogar widersprüchliche Interessen eingebracht und berücksichtigt, aber keineswegs gleichberechtigt berücksichtigt werden; mit anderen Worten: ihre Fähigkeit zur Schaffung von asymmetrischen Kompromissen als Instrument zur Bewältigung sozialer und politischer Probleme.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß im Fall der VE-Meister keine vollständige Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft des geeinten Deutschlands vorgenommen wurde. Dasselbe gilt, wie in den Fallanalysen im Detail gezeigt, mit Modifikationen auch für den Techniker und den Fachschulingenieur: Technikerabschlüsse wurden zwar in der Mehrheit der Fälle als den westdeutschen Technikerabschlüssen gleichwertig eingestuft, doch nur dann, wenn sie analog dem Bildungs- und Berufsweg des westdeutschen Technikers (Facharbeiterausbildung, mehrjährige einschlägige Berufstätigkeit und darauf aufbauende Techniker Ausbildung) erworben wurden; der "kleine Techniker" ohne vorhergehende Facharbeiterausbildung und -tätigkeit blieb außen vor. Bei den Fachschulingenieuren sind dreijährige Tätigkeit als Ingenieur sowie ein Jahr Tätigkeit als Facharbeiter Voraussetzung für "Gleichwertigkeit" mit dem Fachhochschulingenieur, in den anderen Fällen wurden dafür ein Aufbaustudium oder ein

Fernstudium-Brückenkurs sowie eine Nachdiplomierung notwendig. Den Fachschulökonominnen sowohl des Techniker- als auch des Ingenieurlevels hingegen wurde diese Gleichwertigkeit mit Hinweis auf die substantiell anderen betriebswirtschaftlichen Gegebenheiten der Planwirtschaft generell verweigert.

Diese Vorgänge zeigen, daß das in der modernisierungstheoretisch orientierten Transformationsdiskussion (u.a.) als Teilprozeß von nachholender Modernisierung (= Transformation) genannte Kriterium einer "Inklusion" zu kurz greift: Es geht weder um Inklusion noch um Exklusion, das Spezifische des Transformationsprozesses scheint gerade die Verbindung von Einschluß und Ausschluß der neuen Bürger.

(5) Wenig Anzeichen für ein Zusammenwachsen der untersuchten Qualifikationstypen mit ihren westdeutschen Pendanten

Der rasche und vollständige Transfer des wirtschaftlichen und politischen Systems der BRD in das "Beitrittsgebiet", der keine institutionalisierten Übergangssituationen vorsah und damit auch keine abgesicherten Übergangsprozesse, wird oft damit begründet, nur so sei eine rasche und effiziente Angleichung der Bedingungen und Lebensverhältnisse des Ostens an die westdeutsche Situation zu erreichen gewesen. Auch wenn diese Annahme in bezug auf die wirtschaftlichen Entwicklungen mittlerweile durch die Realität nachdrücklich in Frage gestellt wird, ist doch zu prüfen, inwieweit die beschriebenen Regelungen, die eine bruchlose Überleitung der Qualifikationsgruppen der DDR-Gesellschaft in die westdeutsche Gesellschaft und ihren Arbeitsmarkt zu gewährleisten beanspruchten, und die Umsetzung dieser Regelungen zu einem "Zusammenwachsen" dieser Gruppen führen.

Um dieser Frage wiederum am Beispiel der VE-Meister nachzugehen: Ihnen wird mit den genannten Regelungen die Überleitung in einen vollwertigen Industriemeister bzw. Handwerksmeister verwehrt und dies, obwohl sie in großer Zahl und mit großem Aufwand durch Weiterbildung und Umorientierung selbst dazu beitragen, sich an den westdeutschen Industrie- bzw. Handwerksmeister anzupassen, und obwohl die Kammern in diesen Anpassungsprozessen eine erhebliche Rolle spielen. Es bleibt bei der formalen Gleichstellung, die einen zweitklassigen Wert ihrer Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt und eine inferiore gesellschaftliche Stellung fixiert. Im Ergebnis gibt es im geeinten Deutschland sowohl in der Indu-

strie als auch im Handwerk jeweils zwei "Klassen" von Meistern, die jeder potentielle Arbeitgeber eindeutig unterscheiden kann. Hingegen gibt es innerhalb der Industriemeister IHK und innerhalb der Meister des Handwerks keine Differenzierung. Diese Prozesse erscheinen symptomatisch für den deutschen Spezialfall eines Transformationsprozesses, d.h. für den hier mit dem Systemtransfer verbundenen "Beitritt" der Transformationsgesellschaft zu einer dominanten Gesellschaft: Die Arbeitskräfte mit ostdeutschen Abschlüssen wurden zugleich in die westdeutsche Gesellschaft integriert und relativ deklassiert. Ob und inwieweit dies nachhaltige Auswirkungen auch auf ihren Einsatz in den Betrieben haben wird, bleibt abzuwarten; mit Sicherheit wird es ihre Abhängigkeit von den Betrieben erhöhen und sie "bescheiden" machen.

Gleichzeitig mit dieser Deklassierung aber wurde - und dies ist die andere, wohl ebenso bemerkenswerte Seite der Medaille - längerfristig die innere Homogenität der in Frage stehenden Qualifikationstypen abgesichert gegen Tendenzen einer Erosion, die aus einer inneren Differenzierung resultieren würden. Die mittel- und längerfristige Stabilität der westdeutschen Elemente der Sozialstruktur wurde also durchgesetzt zu Lasten (des Bildes) einer schnellen nationalen Einheitlichkeit.

Dieser Sachverhalt und die rasche Vereinheitlichung des Bildungssystems - durch die Abschaffung der Fachschule und den Transfer der westdeutschen Meisterfortbildung und der Techniker Ausbildung - bereiten den Boden für eine im Generationenwechsel erfolgende vollständige Ablösung der DDR-Qualifikationstypen durch ihre westdeutschen Pendanten. Nicht das Zusammenwachsen der sich entsprechenden ost- und westdeutschen Qualifikationsgruppen ist also die Perspektive der skizzierten Regelungen und Prozesse, sondern Auslaufenlassen und historische Ablösung im Generationenwechsel.

Doch ist dies nicht alles.

(6) Transformation, Angleichung und historische Ablösung - Produkt auch von Strategien und Leistungen der ostdeutschen Arbeitskräfte

Ein großer Teil der durch den Systemtransfer ausgelösten wirtschaftlichen und lebensweltlichen Veränderungen wird durch aktive Leistungen der ostdeutschen Arbeitskräfte selbst bewältigt. Genauer: Die neuen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen stecken Zwänge und

Anreize aus für aktives Veränderungsverhalten dieser Arbeitskräfte, für die erforderlichen Lern- und Anpassungsprozesse und nicht zuletzt für einen selbst zu bewältigenden Umbau ihrer beruflichen Identität. Sehr schnell begannen hier einerseits die Zwänge der marktwirtschaftlichen Gesellschaft, andererseits aber auch die Zwänge der Überleitungsregelungen zu greifen: Sowohl Fachschulingenieure als auch Meister haben, wie ausführlich gezeigt, aktiv in großem Umfang die technischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Kenntnisse erworben, die ihre neue, erweiterte Funktion im Betrieb erfordert, sehr schnell begannen sie, eine entsprechende neue (Ingenieur- bzw. Meister-)Rolle zu formieren und dafür auch einen Teil der Merkmale ihres bisherigen Qualifikationstyps zu "löschen", wengleich sie, wie am Beispiel des Fachschulingenieurs auf der Basis von biographischen Interviews besonders detailliert gezeigt werden konnte, auch wichtige Merkmale erhalten haben. Zugleich haben sie, wie ebenfalls gezeigt, auf die Signale der Überleitungsregelungen vielfach reagiert mit dem Besuch von Brückenkursen, die ihre Qualifikation an die ihrer westdeutschen Pendanten angleichen sollte, oder sogar mit dem Nachholen der vollständigen Ausbildung im Interesse des Erwerbs eines entsprechenden Abschlusses.

Soweit ihnen dies gelingt, tragen die Arbeitskräfte selbst dazu bei, die Angleichung der Sozialstruktur Ostdeutschlands an die Westdeutschlands zu beschleunigen: Sie gleichen ihr Qualifikations- und Verhaltensprofil an das ihrer westdeutschen Kollegen an; und sie reduzieren die Zahl und damit auch die Bedeutung der lediglich "gleichgestellten" ehemaligen VE-Meister und Fachschulingenieure und treiben damit selbst die Durchsetzung des Industriemeisters und des Fachhochschulingenieurs auch in Ostdeutschland voran.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen erscheint die Kontroverse, ob sich der notwendige Strukturwandel primär über intragenerationale Mobilitätsprozesse (Schenk 1996, S. 162) oder über eine Ablösung im Generationenwechsel durch Neuplazierung des Nachwuchses (Mayer 1996, S. 310) vollziehen wird, als falsche Alternative: Nicht nur schließen sich diese beiden Prozesse, wie im übrigen ja auch die von den Autoren angeführten Zahlen zeigen, nicht aus, sondern ergänzen sich. Dazu kommt, daß sich die Qualifikationstypen der ehemaligen DDR durch das skizzierte Weiterbildungs-, Umqualifizierungs- und Umzertifizierungsverhalten der Arbeitskräfte bereits vor Ablösung der jetzigen durch die nachfolgende Generation sukzessive aufzulösen beginnen.

Diese durch wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen wie auch institutionelle Regelungen stimulierten Eigenleistungen der Arbeitskräfte addieren sich zu den durch die neuen Verhältnisse mobilisierten Potentialen, die in der DDR-Gesellschaft durch bürokratische und/oder materielle Bedingungen blockiert waren und jetzt freigesetzt werden. Dies kann subjektiv zu "Glücksgefühlen" führen, wenn man endlich "richtig als Ingenieur loslegen" oder als Verwaltungskraft anerkannte und rationell gestaltete Arbeit ausführen kann. Der Transformationsprozeß und die darin implizierten Restrukturierungsprozesse der Betriebe und der Gesellschaft setzen zu einem Gutteil auf die Stimulierung von bislang blockierten vorhandenen Potentialen, auf Eigenleistungen und Eigeninitiative.⁷

Wenngleich angesichts der großen Leistungen der ostdeutschen Arbeitskräfte wohl nicht davon gesprochen werden kann, sie würden den Transformationsprozeß im wesentlichen passiv erleiden (ebd., S. 343), so sind doch die Art und der soziale Inhalt ihrer "Aktivitäten" in großem Umfang fremdgesteuert, durch existentielle, materielle Zwänge ebenso wie durch materielle und immaterielle (zum Teil in den neuen Formen der Arbeit enthaltene) Anreize, aber auch durch die skizzierten institutionellen Bedingungen ihrer Verortung in Arbeitsmarkt und Gesellschaft.

Die hier herausgestellte erhebliche Bedeutung der Aktivitäten und Leistungen der ostdeutschen Arbeitskräfte für die Veränderungsprozesse und die Angleichung an die westdeutsche Sozialstruktur sollen nicht die tiefe Asymmetrie verdecken, die diese Prozesse charakterisiert; genauer: Sie gehen aus von einer Asymmetrie auf gesellschaftlicher Ebene - dem Transfer des politischen und wirtschaftlichen Systems Westdeutschlands nach Ostdeutschland - und reproduzieren diese Asymmetrie im konkreten. Die ehemaligen Fachschulingenieure, VE-Meister und "Ökonomen" müssen sich im Betrieb den neuen Vorgaben anpassen, ihre Rollen entsprechend der neuen marktwirtschaftlichen Logik neu konzipieren und ihr eigenes Verhalten neu formieren. Der vor Einleitung der Anerkennungsverfahren durchgeführte Vergleich der Curricula der Meisterfortbildungen orientierte sich ausschließlich an der westdeutschen Meisterfortbildung

7 Wo diese Eigeninitiative allerdings mit den Vereinheitlichungsinteressen und Entscheidungsansprüchen westdeutscher Akteure nicht konform sind, werden sie hart gebrochen; dies zeigt etwa das Beispiel der Fachschulen, die nach 1990 "eigenmächtig" mit der Fachhochschulausbildung begannen, um Fachhochschulen werden zu können, dann aber ihre Versuche abbrechen mußten.

und definierte Unterschiede in der Qualifikation als Defizite des ostdeutschen Meisters. Die ehemaligen VE-Meister, Fachschulingenieure und Techniker mußten, um einen für sie vorgesehenen rechtlichen Status in der neuen Gesellschaft zu erhalten, einen Antrag stellen und sich ggf. einer Begutachtung unterziehen. Sie erhalten zum Teil (der Fall der Handwerksmeister) Auflagen, bestimmte Nachqualifizierungsprozesse zu durchlaufen und durch entsprechende Prüfungen zu belegen, aber nicht das Recht, durch Anerkennung der komplementären Teile der DDR-Bildungsgänge mit Hilfe von Teilqualifizierungen und Teilprüfungen einen vollwertigen Abschluß zu erhalten (der Fall beider Meistergruppen). Die Liste dieser asymmetrisch strukturierten Prozesse ließe sich fortsetzen.

(7) Der Transformationsprozeß - auch ein Prozeß der Entmodernisierung der ostdeutschen Sozialstruktur

Die ersten Diagnosen und Prognosen nach der Wende, die die DDR als eine vormoderne Gesellschaft, ihren Zusammenbruch als Konsequenz eines Modernisierungsdefizits und den Transformationsprozeß als einen Modernisierungsprozeß interpretierten, werden mittlerweile, nicht zuletzt in Zusammenhang mit empirischen Untersuchungen, zunehmend in Frage gestellt. Auch die hier vorgestellten Fallanalysen und ihre auf einige wenige Fragen zugespitzte Auswertung im ersten Teil dieses Beitrags haben gezeigt, daß die These einer "vormodernen" DDR und deren Begründung in einer (angeblichen) sozialen Entdifferenzierung wenig plausibel ist. Damit verliert eigentlich auch die These, der Transformationsprozeß sei ein Prozeß nachholender Modernisierung, für das hier untersuchte Feld ihre Grundlagen. Trotzdem erscheint es sinnvoll, an dieser Stelle auf einige Teilprozesse aufmerksam zu machen, die als ausgesprochen "antimodern" einzustufen sind.

Mayer (1994, S. 28) hat darauf aufmerksam gemacht, daß durch den Transformationsprozeß eine Reihe von durchaus modernen Strukturen der DDR zerstört wurde zugunsten von westdeutschen Strukturen, die in der BRD schon deutlich unter Kritik standen. Auch im hier untersuchten Feld ist eine Reihe solcher Prozesse zu beobachten:

Die Fachschule als eine sehr bewährte, durchaus noch sehr lebendige Form der Ausbildung eines praxisnahen Ingenieurs und einer praxisnahen kaufmännischen Fachkraft auf Hochschulniveau wurde als Bildungsweg

eliminiert, ihre bestehenden personellen und sachlichen Kapazitäten wurden aufgelöst oder mehr oder minder beliebig umgewidmet. Diese Zerschlagung einer bestehenden Struktur erfolgte zu einem Zeitpunkt, zu dem es in Westdeutschland zunehmende Kritik an der Praxisferne von Ingenieuren und Betriebswirten gibt, die an (Fach-)Hochschulen ausgebildet werden, zu dem man um die breitere Einführung und Anerkennung von Berufsakademien nach baden-württembergischem Muster (mit dualer Ausbildung von Ingenieuren und Betriebswirten) stritt und zu dem zunehmend Experimente mit dual konstruierten Fachhochschulen in Gang gesetzt wurden. Um die Absurdität dieser Zerstörung noch einmal zu potenzieren, wurden wenige Jahre danach in einigen der neuen Bundesländer Berufsakademien nach dem Muster Baden-Württembergs eingeführt. Statt also eine erprobte, in Betrieben und Bevölkerung verankerte Form einer Synthese von theoretischer und betrieblich-praktischer Ausbildung auf Hochschulniveau fortzuführen und unter Umständen zu reformieren, hat man die durchaus reformbedürftige westdeutsche Struktur transferiert, einschließlich eines sehr umstrittenen Modells eines einzelnen westdeutschen Bundeslandes.

Ein zweites Beispiel für einen solchen Prozeß ist die Wiedereinführung des Vorarbeiters in den ostdeutschen Betrieben zu einem Zeitpunkt, zu dem in modernen westdeutschen Betrieben massive, aufwendige, durchaus konfliktreiche Bemühungen um eine Reduzierung der Hierarchie in diesem Bereich im Gange sind.

Das dritte Beispiel ist die damit mehr oder minder eng verbundene gezielte Distanzierung des Meisters gegenüber den Arbeitern zu einem Zeitpunkt, zu dem die meisten westdeutschen Betriebe versuchen, die Rolle des Meisters in Richtung einer Betreuer-Rolle gegenüber den Arbeitern (Coach-Funktion genannt) zu verändern.

Diese drei Beispiele lassen den Transformationsprozeß als Prozeß der "partiellen Entmodernisierung" erscheinen - oder das Konzept der nachholenden Modernisierung selbst als unsinnig.

(8) Der Transformationsprozeß als endogener oder als exogener Prozeß - eine falsche Alternative

Insbesondere K.U. Mayer hat in seinen verschiedenen Beiträgen zum Transformationsprozeß (zuletzt 1996, S. 343) die Frage aufgeworfen, ob

die Transformationsprozesse endogen oder exogen (aus dem Westen) gesteuert und eher passiv erfahren oder aktiv gestaltet sind. Nach den Ergebnissen der hier vorgestellten Analysen ist dies eine falsche Alternative.

Zum einen (einfacheren) greifen natürlich externe Interventionen (die Setzungen und Vorgaben des westdeutschen Staates, der westdeutschen Wirtschaft und der westdeutschen institutionellen Akteure) mit den Veränderungsleistungen der ostdeutschen Akteure ineinander, trotz der hier bestehenden weitreichenden Asymmetrie: Der "Clou" dieses ineinander verwobenen Prozesses des Systemtransfers und der Transformation liegt gerade darin, daß die "von oben" vorgegebenen, relativ allgemeinen Zwänge, Regelungen und Anreize vielfältige konkretere Veränderungsleistungen der Arbeitskräfte bzw. der Bürger Ostdeutschlands auslösen, die zur "Transformation" auf allen Ebenen beitragen. Eine wesentliche Ebene ist dabei die Transformation der Qualifikationstypen selbst im Sinne einer doppelten Aufhebung der darauf bezogenen beruflichen Identitäten und Orientierungen; das zeigt besonders ausführlich und eindrucksvoll die Analyse der Sichtweisen und beruflichen Handlungsmuster der ehemaligen Fachschulingenieure und ihrer Bedeutung für die subjektive Verarbeitung und Mitgestaltung unterschiedlicher "Transformationskarrieren". Aber es geht nicht nur um subjektive Sachverhalte, Mentalitäten, Sichtweisen etc., sondern auch um so "harte" Strukturen wie die Wirtschafts- und Betriebsstruktur Ostdeutschlands; das zeigt etwa die Gründung von neuen Kleinbetrieben durch entlassene Fachschulingenieure und von Handwerksbetrieben durch ehemalige VE-Meister.

Zum anderen bieten (auch) die hier dargestellten Sachverhalte vielfältige Hinweise darauf, daß die ehemalige DDR-Gesellschaft und die ehemalige BRD-Gesellschaft, die sich jetzt als "Unten und Oben" gegenüberstehen, immer eng aufeinander bezogen waren. Die früher unter Gewerkschaftern verbreitete Aussage, die DDR sitze bei westdeutschen Tarifverhandlungen immer mit am Tisch, symbolisiert die eine Seite dieser engen Verknüpfung, der in Zusammenhang mit den Wirtschafts- und Bildungsplanungen der DDR sichtbar gewordene kontinuierliche Bezug auf vergleichbare Kennziffern der BRD zeigt deren andere Seite. Beide Gesellschaften waren also schon früher politisch und (wie hier nicht auszuführen ist) wirtschaftlich in - vor allem in der BRD - wenig sichtbarer Weise eng aufeinander bezogen. 1989 wurde dieser Bezug von der einen Seite her unmittelbar manifest.

Das aber bedeutet, daß das Verhältnis zwischen diesen Gesellschaften als ein reines Innen- und Außen- bzw. (heute) Oben- und Unten-Verhältnis nicht angemessen betrachtet werden kann. Sinnvoller erscheint es, die Geschichte dieser beiden Gesellschaften als Entwicklung von vordergründig parallel laufenden, aber sich immer auch beeinflussenden Widersprüchen zu interpretieren, die sich wechselseitig verschärfen und zugleich wechselseitig Potential für Problemlösungen bieten konnten. Als die sich verschärfenden Widersprüche einer dieser Gesellschaften (der DDR) zu ihrem Zusammenbruch führten, brachte dies für die Widersprüche der anderen Gesellschaft neue Problemlösungspotentiale, etwa die vorübergehende Ankurbelung der bereits kriselnden Wirtschaft durch die zusätzliche Nachfrage aus Ostdeutschland, vor allem aber große politische Legitimationsgewinne; sie brachten aber auch neue Verschärfungen und Dynamiken. Die Widersprüche beider Gesellschaften und ihre Sedimentierungen wurden zusammengeführt und beeinflussen sich und mögliche künftige Problemlösungen. Im hier untersuchten Feld etwa ist davon auszugehen, daß die in den beiden Gesellschaften vor 1989 bestehenden Krisentendenzen der untersuchten Qualifikationstypen aufeinander übergreifen und sich wechselseitig verstärken, mit problematischen Konsequenzen für ihre Zukunft im geeinten Deutschland (für das Beispiel des Technikers vgl. dazu Drexel, Giessmann 1997).

In einer solchen, hier nur anzudeutenden dialektischen Sicht der beiden Gesellschaften und ihrer neuen Einheit ist die DDR-Gesellschaft aufgehoben (eine andere von Mayer aufgeworfene Frage) nicht nur als Bestand von Mentalitäten ihrer Bürger, die nicht so schnell "abzustreifen" sind, und nicht nur als Erinnerung an den Versuch, einen anderen Gesellschaftstyp zu schaffen, und an sein Scheitern. Die DDR-Gesellschaft bleibt in dieser Sicht auch präsent in den Sedimenten ihrer Widersprüche und Probleme und in deren Fortwirken in Gegenwart und absehbarer Zukunft.

Um diesen abstrakten Gedanken mit Ergebnissen aus dem Untersuchungsfeld zu illustrieren, sei abschließend noch einmal das Beispiel des Technikers aufgegriffen, der trotz oder gerade wegen seiner quantitativen Bedeutungslosigkeit strukturell ja besonders interessant ist. Dieses Beispiel zeigt, daß "Interventionen von oben" im Transformationsprozeß zwar in der Lage sind, einen Bildungsgang (die Fachschule) zu zerschlagen, nicht aber einen Bildungsgang (die Techniker Ausbildung) gegen die Sedimente früherer Probleme zu implementieren - und seien die sonstigen

Rahmenbedingungen dafür auch noch so gut: Zwar bedingte der Transfer des westdeutschen Bildungssystems den Re-Import der Techniker Ausbildung in ihrer westdeutschen, auf Facharbeiterausbildung und -erfahrung aufbauenden Version; man konnte also erwarten, daß die keimhaften Ansätze einer erneuerten Techniker Ausbildung in Ostdeutschland durch das Zusammentreffen mit der wohletablierten westdeutschen Tradition deutlich gestärkt werden würden. Außerdem mußten die Fachschulen, die von Schließung bedroht waren, ein massives Interesse an der Durchführung von Techniker Ausbildung entwickeln. Und es war zu erwarten, daß die Betriebe in der Perspektive einer Differenzierung ihrer Belegschaften ein großes Interesse am Techniker haben, und daß Facharbeiter angesichts der neuen Entlohnungsstrukturen massives Interesse an dieser Fortbildung entwickeln würden. Doch sind diese Bedingungen, wie gezeigt, nicht zum Tragen gekommen, der Zulauf zur Techniker Ausbildung war und ist minimal, in den Betrieben hat der Techniker weiterhin keinen Platz, er wird, wenn überhaupt, auf Facharbeiterpositionen eingesetzt.

Hintergrund dieses Sachverhalts sind (neben einigen für die Implementation dieses Qualifikationstyps problematischen Bedingungen des Transformationsprozesses) vor allem seine Hypothesen aus der DDR-Gesellschaft: Es hat den Techniker allzulange nicht gegeben, man erinnert sich in den Betrieben und in der Bevölkerung nur noch dunkel an ihn, und zwar in doppelt kritischer Weise: Mit ihm ist zum einen das Bild des "abgebrochenen Ingenieurs", zum anderen die autoritäre und allgemein als unsinnig empfundene staatliche Politik verbunden, einen von niemandem gebrauchten, Aufstiegsperspektiven zurückschneidenden Bildungsweg zu schaffen. Und die Betriebe, die in DDR-Zeiten in ihren Personaleinsatzstrategien sowieso wenig auf die Abgrenzung von Profilen und auf optimale Nutzung vorhandener Qualifikationspotentiale gesetzt hatten, haben nur die schlechten Erinnerungen an die "Beauftragung" mit der Durchführung einer nicht gewollten, nicht gebrauchten Ausbildung, aber kaum Erfahrungen mit seinem Einsatz; daß sie ihn nicht einordnen können, ist wenig erstaunlich. Infolge dieser Sedimentierungen früherer Probleme ist eine Wiederbelebung des Technikers in Ostdeutschland trotz der genannten prinzipiell guten Rahmenbedingungen dafür außerordentlich unwahrscheinlich.

Prozesse und Zusammenhänge dieses Typs erscheinen mit dem Begriffspaar endogener und exogener Wandel nur sehr begrenzt erfaßbar. Not-

wendig erscheint ein theoretisches Konzept, das auch in dynamischer Perspektive die wechselseitige - wenn auch oft vielfach vermittelte und gebrochene - Determination und das Ineinandergreifen dieser Prozesse zu erfassen und abzubilden in der Lage ist. Die angedeutete theoretische Struktur von Widersprüchen und Widerspruchsentwicklungen könnte der Kern eines solchen Konzeptes sein.

Literatur

- Adler, F.: Soziale Umbrüche. In: R. Reißig; G.J. Glaeßner (Hrsg.): Das Ende eines Experiments, Berlin 1991.
- Diewald, M.; Mayer, K.U. (Hrsg.): Zwischenbilanz der Wiedervereinigung - Strukturwandel und Mobilität im Transformationsprozeß, Opladen 1996.
- Diewald, M.; Solga, H.: Soziale Ungleichheiten in der DDR: Die feinen, aber deutlichen Unterschiede am Vorabend der Wende. In: J. Huinink u.a.: Kollektiv und Eigensinn, Berlin 1995, S. 261-305.
- Drexel, I.: Gesellschaftliche Qualifikationstypen - historisches Relikt oder notwendige Struktur? In: I. Drexel (Hrsg.): Jenseits von Individualisierung und Angleichung, Frankfurt/New York 1994, S. 33-71.
- Drexel, I.; Giessmann, B.: Berufsgruppen im geeinten Deutschland: Neue Gemengelage alter Stärken und Probleme - das Beispiel des Technikers. In: B. Lutz (Hrsg.): Gemeinsame Entwicklungstendenzen in Ost- und Westdeutschland - ein Vergleich (Arbeitstitel), München/Mering 1997 (im Erscheinen).
- Drexel, I.; Jaudas, J.: Vom VE-Meister der DDR zum Industriemeister in den neuen Bundesländern - Elemente des Prozesses der Transformation einer Gesellschaft. In: A. Meier u.a. (Hrsg.): Tradition und Transformation in Ost- und Westdeutschland (Arbeitstitel), Opladen 1997 (im Erscheinen).
- Giessmann, B.: Im Interesse der Ingenieure und Techniker: Von der KDT zum Ingenieurtechnischen Verband - KDT e.V. In: Sonderforschungsbereich 333 der Universität München (Hrsg.): Mitteilungen 6, München 1993, S. 59-78.
- Grünert, H.: Das Beschäftigungssystem der DDR. In: B. Lutz u.a. (Hrsg.): Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe, Opladen 1996, S. 17-68.
- Grünert, H.; Bernien, M.; Lutz, B.: Das Beschäftigungssystem der DDR: Funktionsweise, Entwicklungstendenzen und Folgewirkungen. In: D. Beer u.a. (Hrsg.): Der ostdeutsche Arbeitsmarkt in Gesamtdeutschland: Angleichung oder Auseinanderdriften? KSPW: Transformationsprozesse, Opladen 1997.
- Infratest-Sozialforschung: Erwerbsverläufe nach der "Wende" - Vertiefende Längsschnittauswertungen von November 1989 bis November 1992 aus dem Arbeitsmarkt-Monitor für die neuen Bundesländer, München 1993.
- Lutz, B.; Grünert, H.: Der Zerfall der Beschäftigungsstrukturen der DDR 1989-1993. In: B. Lutz u.a. (Hrsg.): Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe, Opladen 1996, S. 69-120.

- Mayer, K.U.: Die soziale Ordnung der DDR und einige Folgen für die Inkorporation in die BRD. In: BISS publik (Wissenschaftliche Mitteilungen aus dem Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien), Heft 11, 3. Jg., 1993, S. 39-55.
- Mayer, K.U.: Von der Transformationstheorie zur Transformation oder umgekehrt? In: BISS publik, Heft 13, 4. Jg., 1994, S. 25-31.
- Mayer, K.U.: Kollektiv oder Eigensinn? - Der Beitrag der Lebensverlaufsfor- schung zur theoretischen Deutung der DDR-Gesellschaft. In: J. Huinink u.a.: Kollektiv und Eigensinn, Berlin 1995, S. 349-373.
- Mayer, K.U.: Lebensverläufe und Transformation in Ostdeutschland - eine Zwischenbilanz. In: M. Diewald; K.U. Mayer (Hrsg.): Zwischenbilanz der Wieder- vereinigung, Opladen 1996, S. 229-345.
- Reißig, R.: Perspektivenwechsel in der Transformationsforschung - Inhaltliche Umorientierungen, räumliche Erweiterung, theoretische Innovation. In: R. Kollmorgen u.a. (Hrsg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland, Opladen 1996, S. 245-262.
- Schenk, S.: Berufsverläufe und Erwerbsschicksale. In: B. Lutz u.a. (Hrsg.): Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe, Opladen 1996, S. 161-187.
- Schmidt, R.: Restrukturierung und Modernisierung der industriellen Produktion. In: B. Lutz u.a. (Hrsg.): Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe, Opladen 1996, S. 227-256.
- Solga, H.: Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? - Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR, Berlin 1995.
- Wolter, W.; Körner, H.: Entwicklung und Struktur des Bildungswesens der DDR - Aspekte der Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung. Teil I und Teil II, QUEM-Report, Hefte 26/27, 1994a, 1994b.